universität innsbruck
Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Die Irrlehren der Sozialdemokratie

Richter, Eugen

Berlin, 1893

10. Die Organisation von Kunst und Wissenschaft

urn:nbn:at:at-ubi:2-250

ob nicht der Zwang die widerliche Arbeit noch widerlicher, die Ungewohntheit solche Verrichtungen noch lästiger, die mangelnde Uebung die gefährliche Arbeit noch weit gefährlicher gestaltete! Und dabei kann es sich hier gar nicht blos um einzelne wenige Ausnahmeverrichtungen handeln, für welche sich keine Freiwilligen finden, die ganze Einrichtung des gleichen Lohnes und der gleichen Arbeitszeit verhindert von vornherein jeden natürlichen Ausgleich und führt allgemein dazu, daß, je schwieriger und lästiger Arbeitszweige sind, desto mehr der äußere Zwang angewendet werden muß, um die dazu erforderlichen Arbeiter auszuheben.

Der einzelne Arbeiter kann sich solchem Zwang auch gar nicht entziehen, denn nur durch Vermittlung des Staates und seiner Behörde kann er ja überhaupt einen Anteil an der Produktion erhalten. Will er nicht dasjenige arbeiten, was ihm angewiesen wird, so bleibt ihm nur die Wahl, entweder dorthin auszuwandern, wo es noch keine sozialdemokratische Weltordnung giebt, oder Hungers zu sterben. Der „Isolierhaft bei Wasser und Brot", welche der Roman Bellamy's als ultima ratio der Sozialdemokratie vorsieht, bedarf es also gar nicht einmal. Der Hunger thut es schon ohne solche besonderen Anstalten.

Und nun vergegenwärtige man sich die furchtbare Macht einer Behörde, welche souverän darüber entscheidet, was der Einzelne zu arbeiten hat und welche darüber auch unbedingt entscheiden muß, weil ja sonst ihr ganzer Produktionsplan zerstört werden würde und die von Bebel verabscheute „blinde Produktion" ja eben die Folge der freien Berufswahl sein müßte. Der Arbeiter befindet sich der sozialdemokratischen Behörde gegenüber genau in der Lage eines zu lebenslänglicher Haft verurteilten Zuchthäuslers. Auch im Zuchthause besteht gleiche Arbeitspflicht, gleiche Arbeitszeit, gleicher Unterhalt und dazu verschiedenartige Beschäftigung nach Entscheidung des Direktors. deur insofern sind die Zuchthäusler noch besser gestellt, als die sozialdemokratischen Arbeiter der Zukunft, weil es ihnen ermöglicht wird, einen Extraverdienst durch besonders fleißige Arbeit zu erlangen und diesen Verdienst zu besonderen kleinen Genüssen nach freier Wahl zu verwenden. Ohne dieses Zugeständnis an die soziale Ungleichheit erachtet die heutige Gesellschaftsordnung selbst für die schlimmsten Verbrecher das Zuchthaus für eine zu unmenschliche Strafe.

---

10. Die Organisation von Kunst und Wissenschaft.

Das ganze sozialdemokratische Programm ist darauf zugeschnitteen die unterste Klasse einfacher ungelernter Arbeiter, die in Schlafstellen, liegen, nichts, nicht einmal ein Sparkassenbuch besitzen, aus der Hand in den Mund leben, anzuziehen. Daß auch diese in der sozialdemokratischen Ordnung noch verlieren müssen in der Höhe ihres Lohnes und vor allem durch Aufhebung der Freizügigkeit, in der Wahl des Arbeitgebers, wird nach Möglichkeit verschwiegen. Schwieriger ist es, vorgebildeten Arbeitern, vor allem aber Männern der Kunst und Wissen-

schaft es plausibel erscheinen zu machen, daß eine sozialdemokratische Gesellschaftsordnung ihnen Vorteil bringen kann. Auf den Grundsatz des gleichen Arbeitslohnes kann die Sozialdemokratie ihnen zu Liebe nicht verzichten, denn erd Neid und die Begehrlichkeit, auf welche die Sozialdemokratie in den schlechter gestellten Schichten spekuliert, würde sich sonst gegen das eigene Programm kehren.

Die sozialdemokratische Gesellschaft, so schreibt Bebel S. 165, kann nicht verpflichtet sein, Kunst und Wissenschaft besonders zu honorieren, weil beides nur das Produkt der Gesellschaft ist. „Was immer einer ist, das hat die Gesellschaft aus ihm gemacht. Die Ideen sind ein Produkt, das durch den Zeitgeist, im Kopfe des Einzelnen erzeugt wird." S. 164. Es giebt also nach Bebel einen gewissen geistigen Bacillus, der jedem ohne eigenes Zuthun angeweht wird, welchen man in Bildungsanstalten der Ansteckungsfähigkeit durch diesen Bacillus aussetzt. Daraus ergiebt sich denn für Bebel auch weiter (S. 165), daß kein Unterschied zwischen „höherer" und „niederer" physischer Arbeit bestehen kann, wie z. B. heute ein Mechaniker sich unendlich höher dünkt, als ein Tagarbeiter, der Straßenarbeiten und dergleichen verrichtet. — Der heut bestehende Gegensatz zwischen Kopfarbeit und Handarbeit wird aufgehoben S. 161. Wie hier der Zeitgeist solche Unterschiede aufhebt, so hat im sozialdemokratischen Staat, wie wir schon im vorigen Abschnitt gesehen, „die ganze moralische Atmosphäre" den Unterschied zwischen Faulen und Fleißigen beseitigt.

Nach Bebel wird ein Unterschied zwischen dem geistigen und dem körperlichen Arbeiter allerdings darin bestehen, daß der geistige Arbeiter seine geistige Arbeit noch zu leisten hat, nachdem er schon vorab die für alle vorschriftsmäßige Arbeitszeit mit körperlicher Arbeit zugebracht hat. „Die künftige Gesellschaft wird Gelehrte und Künstler jeder Art und in ungezählter Menge besitzen, die einen mäßigen Teil des Tages fleißig physisch arbeiten und in der übrigen Zeit nach Geschmack ihrem Studium und Künsten obliegen." Bebel meint, daß gerade diese Abwechslung vom Einerlei des Tagesberufes einen Reiz bieten würde, sich bei geistiger Arbeit zu erholen, nachdem man der physischen Arbeit seinen Tribut gezollt. Dazu würde natürlich bei Gelehrten und Künstlern auch noch der vorschriftsmäßige Reihendienst bei besonders unangenehmen und gefährlichen Arbeiten kommen. Es ist nicht bekannt geworden, ob die in geistiger Arbeit beschäftigten Redakteure großer sozialdemokratischer Blätter die Probe auf die Abwechslung machen, indem sie die eine Hälfte des Tages als Setzer, die zweite Hälfte als Schriftsteller fungieren. Es würde der Setzerei wie der Schriftstellerei solcher Wechsel gleichmäßig schlecht bekommen.

Indessen phantasiert sich die Sozialdemokratie darüber hinweg, durch die willkürliche Vorstellung, daß die Arbeitszeit überhaupt in der sozialdemokratischen Gesellschaft so niedrig bemessen werden kann, daß jede Beschäftigung nur einer Spielerei gleichkommt. Alles macht sich ja nach Bebel „spielend." Die Lohnwerkstätten und Laboratorien werden so ausgezeichnet sein, daß sie „spielend" in die Wissenschaften einführen. Allen Einwendungen gegen die Gleichheit der Arbeitszeit und des Arbeitsertrages von Seiten der künstlerisch vorgebildeten Arbeiter wird damit die Spitze abzubrechen versucht, daß man die Phantasie

auffordert, sich vorzustellen, es werde im sozialdemokratischen Staat der gleiche Lohn einen noch höheren Betrag erreichen, als ihn heute der künstlerisch oder wissenschaftlich gebildete Arbeiter beansprucht. Im Uebrigen wird alle Hoffnung auf den Ehrgeiz gesetzt. „Der Ehrgeiz, zu erfinden, zu entdecken, wird im höchsten Grade angeregt, einer wird an Vorschlägen und Ideen den andern zu überbieten suchen.“ (Bebel S. 154.) Bellamy hilft hier der Phantasie Bebels noch etwas nach, indem er ein rotes Band einführt, welches als höchste Ehrenbezeugung der Nation durch Volksabstimmung den großen Autoren, Künstlern, Ingenieuren, Aerzten und Erfindern des Zeitalters zuerkannt wird. „Nicht über hundert tragen es zu gleicher Zeit, obgleich jeder befähigte junge Mann im Lande zahllose Nächte schlaflos verbringt, träumend von jener Ehre.“

Die Künstler und Gelehrten verspricht die Sozialdemokratie außerdem von der „Kapitalherrschaft“ zu befreien. In Wahrheit würden dieselben unter die unbedingte Herrschaft der sozialistischen Staatsbehörde geraten, während sie jetzt sich konkurrierender Nachfrage gegenüber befinden. Der Staat allein besitzt ja in der sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung Arbeitsmittel, er allein besitzt Druckereien, Werkstätten, Rohstoffe, und ist auch allein imstande, Vorschüsse zu geben zum Unterhalt bis zur Fertigstellung eines Buches, eines Kunstwerkes, einer Erfindung. Würdigt die Regierung eine Erfindung nicht, so ist dieselbe überhaupt für nichts gemacht. Sie allein hat ja das Kapital zur Ausführung. Was dem Kunstgeschmack der regierenden Gewalten nicht zusagt, findet überhaupt keinen Abnehmer; denn so hoch wird der gleiche Arbeitsertrag selbst in der sozialdemokratischen Phantasie nicht angenommen, daß er für Private auch noch zureicht zum Ankauf von Gemälden und Bildwerken. Das Volk, so erzählt Bellamy, stimmt ab über die Aufnahme von Statuen und Gemälden in die öffentlichen Gebäude. Vermutlich soll in dieser einfachen Weise auch der Preis festgestellt werden. Fällt die Abstimmung günstig aus, so erläßt das Volk dem Künstler für eine dem Wert seiner Arbeit entsprechende Zeit andere Arbeit, sodaß er eine Zeit lang weiter malen darf. Und wird der Ankauf abgelehnt? Hier klafft eine Lücke in Bezug auf den Ersatz der aufgewendeten Kosten und der dem Staat verloren gegangenen anderen Arbeitszeit des Künstlers.

Alle Aerzte und Rechtsanwälte will die Sozialdemokratie schon in der heutigen Gesellschaftsordnung, wie aus den jüngsten Verhandlungen des Parteitages in Halle hervorgeht, zu Staatsbeamten machen. Die ärztliche Behandlung und die Vertretung vor Gericht hat unentgeltlich zu erfolgen. Die Kehrseite der Sache ist natürlich, daß sich niemand seinen Arzt und Rechtsanwalt frei wählen kann. Bellamy versucht auch hier einen Ausweg. Die Wahl der Aerzte ist bei ihm frei, aber die beliebten Aerzte verdienen darum nicht mehr. Nur der Staat verdient mehr durch sie; der Arzt zieht sein Honorar für die Nation ein, „indem er den Betrag nach der Medizinaltaxe aus der Kreditkarte des Patienten aussticht.“ Hier erlaubt sich in dem Roman von Bellamy der aus dem Jahr 1887 in die sozialdemokratische Weltordnung Verschlagene die Zwischenfrage, ob dann nicht die guten Aerzte fortwährend in Anspruch genommen würden und die anderen müßig bleiben. Hierfür

aber hat Dr. Leete nur die Abfertigung, daß es in der sozialdemokratischen Zukunft schlechte Aerzte überhaupt nicht geben werde, auch kein Arzt ein Interesse habe, seine Praxis auf Kosten anderer zu vergrößern und endlich die Medizinalbehörde den nicht hinreichend beschäftigten Aerzten Praxis zuweisen werde. — Hier erscheint also wieder die zwangsweise Zuteilung von Kranken im Hintergrunde; der Kern der Frage aber, wie es gehalten werde, wenn die Patienten die Praxis beliebter Aerzte zu vergrößern trachten, wird unterschlagen. Gilt für Aerzte überhaupt noch der Bebelsche Maximalarbeitstag von vier Stunden? Alsdann muß jeder, je nach der Tageszeit seiner Erkrankung, sechs verschiedene Aerzte im sozialdemokratischen Staat zur Verfügung haben.

Wie denken sich die Sozialdemokraten das Verhältnis der Presse gegenüber ihrer Staatsleitung? Da es Privatkapital nicht giebt, die Konkurrenz aufhört und der Staat der einzige Unternehmer ist, so kann auch nur der Staat Zeitungen herausgeben. Es kann also nur soweit etwas gedruckt werden, wie es der Staatsleitung paßt und es die Zensur derselben passiert. Wo bleibt da die Opposition, die Kritik und der Fortschritt? Bebel spricht sich über diesen heiklen Punkt nicht aus. Bellamy aber meint, die Staatsregierung müsse jedem gestatten, eine Zeitung herauszugeben, welcher eine hinreichende Zahl von Abonnenten nachweisen könne, um die Kosten des Blattes zu decken. Die Abonnenten sollten dann die Redaktion wählen und entlassen. Danach müßte man also zuvor Abonnenten haben, ehe das Blatt erscheinen kann. Diese Abonnenten müssen sich auch mindestens für Jahresfrist binden, weil andernfalls ja Verluste für den Staat entstehen. Ein Schriftsteller, der solche Abonnenten hat, brauchte auch in der heutigen Gesellschaft um das erforderliche Kapital nicht besorgt zu sein. Wo aber bleiben in der sozialdemokratischen Ordnung die Schriftsteller, welchen das Publikum nicht vor dem Erscheinen des Blattes den Abonnementspreis für ein Jahr zu kreditieren geneigt ist? Immerhin verursacht in der sozialdemokratischen Ordnung auch unter jenen Voraussetzungen die Herausgabe eines neuen Blattes doch eine Konkurrenz für bereits bestehende Blätter. Hier käme also der Teufel der freien Konkurrenz in die sozialdemokratische Ordnung durch eine Hinterthür wieder hinein. Ebenso ist Bellamy in Verlegenheit, wie es mit der Herausgabe von Büchern im sozialdemokratischen Staat gehalten werden soll. Er meint, daß die Kosten der ersten Auflage von gewöhnlichem Umfange der Schriftsteller zu bestreiten hätte. Bei Sparsamkeit und einigen Entbehrungen würde der Schriftsteller dies ermöglichen. Die armen Schriftsteller! Auch hier hat Bellamy übersehen, daß mit der Herausgabe neuer Bücher Konkurrenz entsteht gegenüber bereits vorhandenen Büchern, und deshalb auch an diesem Punkt das ganze romanhafte Kartenhaus seiner sozialdemokratischen Zukunft zusammenbricht.

---

11. Das Geld der Zukunft.

Bebel schreibt in seinem Buch über die „Frau" S. 162: „Da es in der neuen Gesellschaft keine Waren giebt, so giebt es auch kein Geld. Ein Zertifikat, ein bedrucktes Stückchen Papier, Gold oder Blech,